

che, daß Israel als erste Besatzungsmacht in der Geschichte die Todesstrafe abschaffte (S. 139).

Andererseits verzichten die Besetzer jedoch nicht auf Maßnahmen wie Inhaftierungen ohne Gerichtsverfahren, Deportationen, Folterungen und Häusersprengungen, sowie auf die israelische Siedlungspolitik. Diese umstrittenen Maßnahmen werden im folgenden Teil (S. 166–208) ausführlich behandelt, wobei Schwächen des geltenden Besetzungsrechts deutlich werden. Der rechtlichen Würdigung geht jeweils die Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse in den besetzten Gebieten voran. Dabei wird jedoch deutlich, daß Angaben aus unterschiedlichen Quellen zum Teil erheblich divergieren. Der Autor nimmt daher auch eine Prüfung der Glaubwürdigkeit vor und stützt sich letztlich zu meist auf Angaben des Internationalen Roten Kreuzes zu der Situation in den Gebieten.

Die Arbeit endet mit einigen kritischen Anmerkungen zum geltenden Besetzungsrecht und der Besatzungsmacht (S. 209–218). Der Autor zeigt hierbei Lücken auf und regt Neuregelungen an. Für derart lang andauernde Besetzungen, wie sie durch Israel erfolgen, sind die geltenden Besetzungsnormen nicht konzipiert. Es wird deutlich, daß die Grundprinzipien des kodifizierten Besetzungsrechts in der Wirklichkeit nicht immer Beachtung finden.

So liegt die Bedeutung der Studie vor allem darin, daß sie die Mängel des geltenden Rechts – und auch die Schwierigkeiten seiner Durchsetzung – in anschaulicher Weise verdeutlicht.

Karel Meiowitz

*Rainer Büren*

**Ein palästinensischer Teilstaat?**

**Zur internen, regionalen und internationalen Dimension der Palästinenserfrage,**

Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1982, 347 Seiten, DM 49,—

Der Autor untersucht die Frage, inwieweit die Gründung eines palästinensischen Teilstaates zu einer Lösung des Nahostkonflikts beitragen könnte. Dabei geht er weniger auf aktuelle politische Entwicklungen ein, sondern untersucht, ob ein bestimmtes Ergebnis am Ende eines langen Prozesses erstrebenswert und inwieweit es für die Beteiligten akzeptabel sein könnte. Die im wesentlichen bereits im Juli 1979 abgeschlossene Studie berücksichtigt Entwicklungen nur bis Dezember 1978, lediglich die Analyse des Camp-David-Prozesses schließt Entwicklungen bis Herbst 1981 ein. Einige Ereignisse, die nur indirekt Einfluß auf das Palästina-Problem haben, wie der sowjetische Einmarsch in Afghanistan oder die iranische Revolution, werden bewußt zugunsten einer Schwerpunktbildung weggelassen.

Büren stellt zunächst die Hauptebenen des Nahostkonflikts dar und erläutert die wich-

tigsten Streitpunkte. Es geht dem Autor hier weniger um neue Erkenntnisse als um die Erläuterung seines Ansatzpunktes. Die Lösung der Palästinenserfrage ist der entscheidende Punkt bei der Lösung des Konflikts. Hier bestehen die größten Probleme, weil sich der palästinensische und der israelische Standpunkt unvereinbar gegenüber stehen. Es kommt hinzu, daß eine Lösung der Konflikte zwischen Israel und den arabischen Staaten, insbesondere der umstrittene Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, ohne Lösung der Palästinenserfrage ebenfalls nicht möglich ist. Die arabischen Regierungen können nicht nur ihre nationalstaatlichen Interessen vertreten, sondern müssen auch die gesamtarabischen Interessen wahren. Aus diesem Grund und wegen ihrem Einfluß auf innerstaatliche Oppositionen haben die Palästinenser gewissermaßen eine Veto-Position. Angesichts dessen ist Büren der Auffassung, daß jeder Versuch einer Konfliktkontrolle auf der palästinensischen Ebene ansetzen muß.

Der Autor untersucht zunächst die Struktur der palästinensischen Gesellschaft. Hier liegt einer der Schwerpunkte des Buches. Büren geht sowohl auf die palästinensische Gesellschaft während der Mandatszeit ein als auch auf die heutige Situation. Besonders betont er die Bedeutung von konfessionellen Zuordnungen und die Wichtigkeit von Familienbindungen, die für die politische Orientierung vieler Palästinenser eine entscheidende Rolle spielen. Er beschreibt die politisch bedeutendsten Gruppen der palästinensischen Gesellschaft und stellt die wichtigsten Organisationen vor, in denen sie sich politisch betätigen und artikulieren können. Im nächsten Teil geht Büren vertiefend auf die politische Kultur der palästinensischen Gesellschaft ein, wobei er die Rolle des Islams, die Bedeutung der Tradition, die Bodenbindung und die große Rolle der Familie besonders hervorhebt. Er untersucht als wichtigste politische Gruppen die Bauern des Westjordanlandes, die in Israel lebenden Palästinenser, die Bewohner der Flüchtlingslager, die neue Mittelklasse, die Notabeln und die traditionellen Elitefamilien. Büren beurteilt die neue Mittelklasse aus Ärzten, Rechtsanwälten, Ingenieuren usw., die vor allem in der Diaspora und im Westjordanland lebt, als die wichtigste reformerische bzw. revolutionäre Kraft, die einen wesentlichen Anteil am Aufbau der verschiedenen palästinensischen Befreiungsorganisationen hat, wobei sich die christlichen Organisationen von den islamischen Organisationen in der Zielsetzung etwas unterscheiden. Das Ziel eines palästinensischen Nationalstaates ist bei den islamischen Organisationen stärker ausgeprägt, die sich zur Erreichung dieses Ziels auch eher zu Kompromissen bereit finden würden. Neben diesen Organisationen gibt es aber auch einige einflußreiche Gruppen mit starken Bindungen zu Jordanien. Dies gilt insbesondere für die älteren Notabeln, während sich die jüngeren Notabeln mehr der PLO zuwenden. Ähnliches gilt für die traditionellen Elitefamilien. Büren kommt zu dem Ergebnis, daß die politische Kultur der palästinensischen Gesellschaft die Möglichkeit einer ausbalancierten politischen Teilnahme aller Gruppen aufweist und ausreichend stabilisierende Elemente besitzt. Inwieweit diese zur Geltung gebracht werden könnten, hängt vor allem vom politischen System ab. In diesem Rahmen geht Büren auf die bereits bestehenden Strukturen ein. Er beschreibt Funktionen und Zusammensetzung des Palästinensischen Nationalrates der PLO und anschließend das Exekutivkomitee der PLO, seine Zusammensetzung und seine Wirkungs-

möglichkeiten. Da dieses Komitee nur außerhalb Israels und der besetzten Gebiete tätig werden kann, spielt innerhalb des Westjordanlandes auch das Islamische Komitee eine große Rolle, das politisch aber nur ein eingeschränktes Tätigkeitsfeld besitzt.

Ausgehend von diesem politischen System schlägt Büren folgenden Regelungsansatz vor: eine Stärkung des Palästinensischen Nationalrates durch aktive Mitarbeit von Notabeln und Vertretern der Mittelklasse aus dem Westjordanland und dem Ghaza-Streifen; die Schaffung einer handlungsfähigen gesamt-palästinensischen Regierung; klare Kompetenzen und Wirkungsmöglichkeiten für eine solche Regierung; ein akzeptabler Anteil am Territorium des früheren Mandatsgebietes Palästina. Dieses System müßte einerseits genügend nationalstaatliche Attribute enthalten, andererseits aber auch in ausreichendem Maße mit Jordanien verbunden sein, um alle Gruppen zufriedenzustellen. Zu erreichen wäre dies durch eine Union zwischen dem Palästinenser-Staat und Jordanien, wobei im Arabischen der Begriff »ittihad« alle möglichen Gestaltungsformen vom Staatenbund bis zum Bundesstaat umfaßt. Nach einer Untersuchung des Husain-Planes von 1972, politischer Tendenzen in Jordanien, politischer Vorstellungen im Westjordanland und der Position der PLO kommt Büren zu dem Ergebnis, daß ein solches ittihad-Konzept als erster Ansatz zwischen jordanischer und PLO-Führung vereinbart werden könnte.

Büren hält einen palästinensischen Teilstaat im Rahmen eines solchen ittihad-Konzepts mit den militärischen Sicherheitsinteressen Israels für vereinbar, wenn auch bestimmte Nachteile für Israel in Kauf genommen werden müßten, die aber durch entsprechende Rahmenabmachungen gemildert und durch politische Vorteile kompensiert werden können. Als schwieriger sieht Büren das Problem an, daß innenpolitisch die Frage der in Israel lebenden Palästinenser plötzlich akut werden könnte, zumal nur ein Teil von ihnen wegen der starken Bodenbindung zu einer Umsiedlung in den neuen Staat bereit wäre. Im Vordergrund der Probleme steht entweder das Verlangen nach stärkerer Mitwirkung im israelischen Staat oder die Angliederung der vorwiegend von Palästinensern bewohnten Gebiete im Norden Israels an den Palästinenserstaat. Damit wäre entweder die konstitutionelle oder die territoriale Ausgestaltung des Staates Israel längerfristig in Frage gestellt; das grundsätzliche Selbstverständnis Israels wäre betroffen. Büren sieht daher eine Weigerung Israels gegen einen palästinensischen Teilstaat kurzfristig als verständlich an, betont aber, daß sich dieses Problem ohnehin im Lauf der Zeit für Israel stellen wird. Angesichts der Tatsache, daß sich in diesem Punkt die größte Schwierigkeit gegen das von Büren favorisierte Konzept ergibt, behandelt er diese Frage relativ kurz und oberflächlich; an dieser Stelle wäre eine ausführlichere Diskussion wünschenswert gewesen.

Ausführlicher prüft der Autor, inwieweit ein ittihad-Konzept zwischen Palästinensern und Jordanien mit dem regionalen arabischen Bezugssystem vereinbar wäre. Er unterscheidet dabei zwischen Staaten des inneren Kreises (Ägypten, Jordanien, Syrien und Libanon) und Staaten des äußeren Kreises (Irak, Kuwait, Saudi-Arabien und Libyen), untersucht die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in den einzelnen Staaten und geht auf deren Interessenlage und ihre Beziehungen untereinander ein. Obwohl sich eini-

ge Ausführungen auf aktuelle Ereignisse Mitte und Ende der 70er Jahre beziehen und teilweise überholt sind, ist auch dieser Teil der Studie in seinem Grundgehalt nach wie vor gültig. Im Ergebnis wird die Vereinbarkeit des ittihad-Konzepts mit dem regionalen arabischen Bezugssystem bejaht.

Büren hält das ittihad-Konzept nach einer Analyse der amerikanischen Nahostpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Konzepte Kissingers und Carters auch mit der amerikanischen Politik für vereinbar. Im Rahmen der amerikanischen Nahostpolitik geht er detailliert auf den Camp-David-Prozeß ein. Er sieht darin allerdings nur einen Teilerfolg mit vielen Fehlern und glaubt nicht, daß aufgrund dieses Prozesses die Palästinafrage gelöst werden kann. Zum Abschluß wendet sich die Studie der sowjetischen Orientpolitik zu. Nach einer Untersuchung verschiedener Stellungnahmen sowjetischer Offizieller und Funktionäre, die er ihrer Bedeutung nach einstuft, sieht Büren keinen Widerspruch zum ittihad-Konzept.

In einem Anhang sind einige UN-Resolutionen sowie mehrere Erklärungen und Stellungnahmen abgedruckt, ferner wurde eine vollständige Mitgliederliste des Palästinensischen Nationalrates veröffentlicht. Büren hat außerdem sehr umfangreiche Literaturhinweise zusammengestellt. Leider fehlt ein Sachwortverzeichnis.

Insgesamt bietet das Buch umfangreiche Informationen und Vorschläge zur Diskussion zum Nahostkonflikt. Es ist zwar als Einstiegsbuch nicht geeignet, da nicht die gesamte Problematik behandelt wird und Informationen zum geschichtlichen Ablauf der Ereignisse nur vereinzelt gegeben werden. Einige Grundkenntnisse über die Nahostfrage werden vorausgesetzt. Als vertiefende Lektüre speziell zur Palästinenserproblematik ist die Studie jedoch zu empfehlen.

Martin Buchholz

*José Camurça*

**Seefischereirecht und Küstengewässer nach der Auffassung der Amerikanischen Staaten.**  
Verlag Peter Lang, Frankfurt/Main, Bern, 1982 (Europäische Hochschulschriften, Reihe II Rechtswissenschaft, Band 286), 751 S.

Diese umfangreiche deutschsprachige Dissertation des Brasilianers Camurça hat erfreuliche und ärgerliche Aspekte. Um mit den erfreulichen zu beginnen: Der Beitrag der Lateinamerikanischen Staaten zur Neuordnung des Internationalen Seerechts ist vor und während der 3. UN-Seerechtskonferenz von sehr großer Bedeutung gewesen. Camurças Arbeit versucht erstmalig eine umfassende Darstellung der Rechtsauffassung aller Lateinamerikanischen Staaten – und deutlich davon abgesetzt teilweise auch der Nordamerikanischen Staaten. Die Analyse der Seerechtspositionen so vieler Staaten bedingt zwangsläufig die Verarbeitung eines sehr umfangreichen Quellenmaterials, das am